



PRESSEKONFERENZ

**„Heraus aus der Parkplatz-Misere –
Linz braucht ein Zukunfts-Konzept“**

- **Vizebürgermeister Mag. Bernhard Baier**
- **Wirtschaftsbund-Bezirksobmann
Mag. Markus Raml**

Donnerstag, 8. Juni 2017

11. 30 Uhr

Presseclub, Saal d

Heraus aus der Parkplatz-Misere!

Linz braucht ein Zukunfts-Konzept

Eine zerstörte Donauquerung, tägliche Staus an den Stadteinfahrten und die ungelöste Parkplatzsituation für Bewohner und Berufstätige – diese Verkehrsprobleme bestimmen die aktuellen Schlagzeilen in Linz. Die tagtägliche Parkplatzsuche ist auch einer jener Hauptkritikpunkte der Linzer Bevölkerung, der für viele ein massives Ärgernis darstellt. Dabei gibt es Straßenzüge bzw. Stadtteile, wo eine besondere Parkplatznot tagsüber feststellbar ist und andere, wo in den Abendstunden alles zugeparkt ist.

Vor Kurzem wurden aus diesem Grund beispielsweise in Teilen von Urfahr Befragungen über die Einführung von Bewohnerparkzonen durchgeführt. Derartige Befragungen ohne Gesamtkonzept tragen aber nicht zu einer verträglichen Lösung bei, wie etwa die Änderungen in der Parkraumbewirtschaftung im Hafen zeigen. In der dort eingeführten Kurzparkzone ist offenkundig, dass nun tagsüber viele Parkplätze leer stehen, abends allerdings ein unveränderter Parkdruck herrscht: Ein Beispiel, welches das regelrechte „Tohuwabohu“ in der derzeitigen Parkraumbewirtschaftung zeigt.

Nachteil für den Wirtschaftsstandort Linz

Auswirkungen hat die Parksituation auch auf die in Linz ansässigen Unternehmen und deren Mitarbeiter. Einerseits fehlt es an Angeboten für Park & Ride, andererseits gelang es bis dato nicht, Einpendler für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu begeistern. Die Konsequenz daraus ist der hohe Parkdruck und die oft aussichtslose Suche nach einem Stellplatz in der Nähe des eigenen Arbeitsplatzes.

Bei Unternehmern ist Verkehr Hauptkritikpunkt

Nicht nur die Linzerinnen und Linzer, auch für die ansässigen Betriebe ist das Thema Verkehr und Parken ein ganz zentrales Thema. In einer kürzlichen Online-Umfrage des Wirtschaftsbund Linz haben rund 70% das Verkehrsthema als dringendstes Handlungsfeld für die kommenden Jahren genannt. Als weitere brennende Themen werden Bürokratie, fehlende Wertschätzung oder das Thema Betriebsansiedlung genannt.

Böse Pendler? Sie bringen der Stadt jährlich 90 Millionen Euro

Linz ist neben Salzburg durch die starke Wirtschaft und die damit verbundene Kommunalsteuer, die steuerreichste Stadt Österreichs. Denn für jeden Arbeitsplatz* zahlen die Linzer Betriebe 3 Prozent der Brutto-Lohnsumme als Kommunalsteuer an die Stadt (*der öffentliche Bereich ist ausgenommen).

Die Stadt Linz erwartet heuer **145 Millionen Euro Kommunalsteuereinnahmen**. **62,5 Prozent der Linzer Arbeitsplätze** entfallen auf **Einpendler**. Damit kommen rund 90 Millionen Euro der gesamt 145 Millionen Euro Kommunalsteuereinnahmen von Einpendler-Arbeitsplätzen.

Die Linzer Wirtschaftsbetriebe sind auf Einpendler als qualifizierte Arbeitskräfte – vor allem aus dem Mühlviertel – angewiesen. Die Konkurrenz um diese Arbeitskräfte nimmt im gesamten wirtschaftlich starken Zentralraum immer mehr zu.

Linz hat **106.198 Einpendler**. In der Stadt **wohnen 90.656 Erwerbstätige**, wovon aber **27.060 Linzerinnen und Linzer** in andere Gemeinden **auspendeln**. Damit arbeiten 63.596 Linzerinnen und Linzer auch in der Landeshauptstadt. Linz ist nicht nur die größte Einpendlergemeinde, sondern durch wirtschaftlich starke Nachbargemeinden auch die größte Auspendlergemeinde Oberösterreichs.

Die Linzer Wirtschaft und die hohen Linzer Steuereinnahmen leben vom Arbeitskräftepotenzial aus den ländlichen Bezirken. Die Bereitschaft von gut qualifizierten Arbeitskräften nach Linz zu pendeln, ist für viele Betriebe in der Landeshauptstadt eine Überlebensfrage und für Linz eine Frage der Steuereinnahmen. Angesichts der vielen offenen Stellen, ist die Strategie, über pendlerfeindliche Parkgebühren zu Mehreinnahmen zu kommen, auch finanziell der völlig falsche Ansatz: denn 1.000 Arbeitsplätze der gewerblichen Wirtschaft bringen der Stadt jährlich rund 1 Million Euro zusätzliche Kommunalsteuern.

Aufgrund der hohen Steuereinnahmen, die jeder Pendler der Stadt Linz bringt, sollte die Stadt schon alleine aus eigenen wirtschaftlichen Überlegungen in Park & Ride und in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs investieren.

Mit dem SPÖ-FPÖ-Gemeinderatsbeschluss vom 18. Mai 2017, auf dem Urfahrannermarkt-Areal Parkgebühren einzuführen, verschärft sich die Situation nochmals. Die Prognose: Ohne begleitende Maßnahmen wird sich der Parkdruck

insbesondere in den umliegenden Urfahrner Wohngebieten noch weiter erhöhen und der Parkplatz-Suchverkehr zunehmen. Voraussichtlich ab August sind für einen Stellplatz drei Euro pro Tag, 2 Euro für fünf Stunden fällig. Ein Jahresticket schlägt dann mit € 365.- zu Buche. Offen ist nach wie vor die Frage der Widmung: der Urfahrnermarkt ist als Grünland mit der Zusatzwidmung „*Ausstellungs- und Veranstaltungsgelände*“. Die Parkplatznutzung ist im Zusammenhang mit dem Ausstellungs- und Veranstaltungsgelände jedenfalls widmungskonform. Rechtlich problematisch ist es jedoch, wenn ohne Bezug zu dieser Widmung das Gelände nun vorrangig für eine „private Parkraumbewirtschaftung“ aktiv und kommerziell als Großparkplatz mit Parkscheinautomaten genutzt werden soll. Konkret sieht der von SPÖ und FPÖ beschlossene Bewirtschaftungsplan vor, dass im westlichen Teil keine Veranstaltungen mehr (außer dem Urfahrner Markt) stattfinden sollen und dafür dieser Teil Parkenden mit Jahreskarte vorbehalten bleiben soll.

Für diese geplante geänderte Nutzung wäre aber eine eigene Parkplatzwidmung notwendig!

Übrigens: noch 2014 war der damalige Stadtrat **Detlef Wimmer** (FPÖ) völlig anderer Meinung: "***Neue Gebühren wären eine Erpressung, wenn es nicht mehr Park-and-Ride-Anlagen am Stadtrand oder den Umlandgemeinden gibt.***"

Kein Gesamtkonzept erkennbar!

Insbesondere mit der Bekanntgabe der Vergebührung des Urfahrnermarkt-Geländes hat sich das Park-Thema in Urfahr zusätzlich verschärft. Ohne die von der ÖVP Linz bis dato geforderten Begleitmaßnahmen wird es eine massive Verdrängung der Pendler in die angrenzenden Urfahrner Wohnviertel geben. Damit ist gleichzeitig der neuerliche Beweis erbracht, dass hier ohne Konzept und Weitblick gehandelt wird.

Denn mit der Vergebührung steigt nicht nur der Parkdruck, über die Hintertür ist auch die Einführung flächendeckender Bewohnerparkzonen absehbar.

Parken in Linz – hier drückt der Schuh besonders:
--

- Vergebührung des Urfahrnermarkt-Geländes und damit Erhöhung des Parkdrucks in den angrenzenden Wohngebieten durch entsprechende Verdrängungseffekte
- Fehlende Parkplätze für Mitarbeiter und Unternehmer entwickeln sich zum Standortnachteil
- Fehlende Park & Ride – Angebote an den Stadträndern und damit fehlende Alternativen für Einpendler
- Fehlende Mobilitäts-Alternativen in der Stadt: kein Bike-oder Car-Sharing-Angebot
- Handyparken: Quick-Zahlungsmöglichkeit hat Ablaufdatum – mehr Kundenfreundlichkeit ist dringend nötig

ÖVP Linz im Gemeinderat mit zahlreichen Initiativen

Die ÖVP Linz hat sich in den vergangenen Jahr(zehnt)en intensiv mit den Themen Mobilität und Parken auseinandergesetzt und entsprechende Initiativen im Gemeinderat gesetzt:

- Neustart beim Handyparken (zuletzt Oktober 2013)
- 15 Minuten Gratisparken (September 2013): gerade für kleine Besorgungen zwischendurch wäre das eine wirkungsvolle und unbürokratische Unterstützung - insbesondere für den Linzer Handel
- Neues Konzept Bewohner-Parken in Linz (Mai 2011)
- Gesamtkonzept Parkplatz-Management - Bewohnerparken (März 2013)
- Neukonzeptionierung der Parkraumbewirtschaftung und Rücknahme der Parkgebührenpflicht am Samstagnachmittag als Sofortmaßnahme (November 2015)
- Mobilitätskonzept für den neuen Stadtteil „Kepler Universitätsklinikum“ (April 2016)
- Dynamisches Parkleitsystem für Linz (April 2016): seit mehr als 20 Jahren wird in Linz die Einführung eines dynamischen intelligenten Parkleitsystems diskutiert,

mehrfach beantragt und sogar beschlossen. Sogar im Linzer Verkehrskonzept aus dem Jahr 2000! war dieses enthalten. Umgesetzt wurde letztlich nur ein statisches Parkleitsystem mit Blechtafeln. In großen und vielen kleinen Städten (wie etwa in Bad Ischl) sind Systeme mit dynamischen elektronischen Anzeigen von freien Stellplätzen längst Standard, tragen diese doch zu einer wesentlichen Reduzierung des Parkplatz-Suchverkehrs bei.

- Evaluierung der maximalen Parkdauer in den Kurzparkzonen (Juni 2016)
- Gegen den täglichen Stau: Bewerbung von Online-Mitfahrbörsen und Apps (November 2016)
- Förderung Anwohner-Tiefgaragenplätze (Februar 2017)
- Ausbau der Park&Ride-Anlage in Linz-Ebelsberg (Februar 2017)

Linz braucht Neukonzeption der Parkraumbewirtschaftung

In Linz gibt es aktuell 7.706 gebührenpflichtige Parkplätze, mit denen im Vorjahr rund 9,2 Millionen Euro an Einnahmen lukriert wurden. Das ergibt pro Stellplatz einen Erlös von rund 1.200.- Euro (Quelle: Bilanz der städtischen Parkraumbewirtschaftung 2016).

Eingenommen wurden 6,2 Millionen Euro durch die 318 Parkscheinautomaten, davon rund 455.000.- durch Einnahmen aus dem Handyparken. 2,9 Millionen Euro wurden durch Parkstrafen eingenommen, 283.000.- durch so genannte Pauschalierungsvereinbarungen mit berechtigten Berufsgruppen. 99.000.- wurden zudem durch Parkmünzen erlöst.

Seit Einführung der Parkraumbewirtschaftung im 2. Halbjahr 1989 hat die Stadt bis 2016 169 Mio. € an Parkgebühren und Strafen eingenommen. Abzüglich der Kosten (für Automaten und Überwachung) sind das netto für die Stadt Linz 106 Millionen Euro, die ursprünglich auch zur Verbesserung der Parkplatzsituation zweckgewidmet verwendet werden sollten. Im Jahr 2017 werden voraussichtlich Einnahmen von rund 10 Millionen Euro im Stadtbudget verbleiben.

Eine umfassende Parkraumbewirtschaftung muss – neben der ausschließlichen Betrachtung der finanziellen Thematik für die Stadt – auch andere Zielsetzungen

verfolgen. Beispielsweise sind Umwegrentabilitäten für die regionale Wirtschaft, eine gezielte Steuerung des ruhenden und fließenden Verkehrs, die Förderung des Umstiegs auf Öffis, die Notwendigkeit von verfügbarem Parkraum für Gewerbetreibende und Anwohner der Innenstädte, usw. als einige von zahlreichen weiteren Aspekten zu beachten.

Wie könnte eine Neukonzeptionierung aussehen?

10 konkrete Ideen:

- **Attraktivierung Handyparken**

Die ÖVP Linz wird einen neuerlichen Vorstoß in Sachen Attraktivierung des Handyparkens unternehmen. Durch das Ende der Bezahlmöglichkeit per Quick-Funktion der Bankomatkarten per Ende Juli kann nur mehr mit Münzen an den 318 Linzer Parkautomaten bezahlt werden. Die Zahlung der bisherigen Betreiberfirma Six Payment Services für die Vertragsbeendigung sollte aus Sicht der ÖVP Linz zielgerichtet in die Attraktivierung und bessere Vermarktung des Handyparkens investiert werden.

- **Carsharing schafft Platz in der Stadt**

Die ÖVP Linz setzt sich darüber hinaus auch für ein Carsharing-Projekt ein. Beispielsweise in der Bundeshauptstadt Wien nutzen bereits mehr als 100.000 Wienerinnen und Wiener die Carsharing-Angebote der Stadt. Damit kann ohne Nachteile der Privat-PKW-Besitz reduziert werden, was positive Auswirkungen auf die Mobilität in der Stadt hat, denn Carsharing schafft freien Platz. In Wien wurde erhoben, dass ein Carsharing-Fahrzeug rund fünf private PKW ersetzt. Pro Jahr werden in Wien dazu rund 44 Millionen PKW-Kilometer eingespart, was eine CO₂-Einsparung von etwa 7.000 Tonnen entspricht.

- **Teilerfolg: Gratis-Parken für Elektroautos kommt**

Die ÖVP Linz hat lange dafür gekämpft (seit Mai 2016), mittlerweile hat der Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss gefasst: Elektroautos parken ab 13. Juni gratis in der Landeshauptstadt. Damit wird neben diversen Fördermodellen ein wichtiger Anreiz zum Umstieg auf Elektroautos gesetzt.

- **Aktives Engagement der Stadt für Errichtung von Park & Ride-Parkplätzen:**

Auf das Land Oberösterreich und Umlandgemeinden zu verweisen ist zu wenig: Linz profitiert von den Pendlern nicht nur finanziell ganz massiv. Im Sinne des Wirtschaftsstandorts müssen hier gemeinsam Lösungen gefunden werden.

- **Konkretes Modell für Unternehmer- und Arbeitnehmerparken:**

Die StVO sieht entsprechende Möglichkeiten vor. Andere Städte haben diese Möglichkeit – bei strenger Einzelfallprüfung – für Betriebe (betriebsnotwendige Fahrzeuge, Mitarbeiter). Verkehrsstadtrat Hein ist für die Erlassung dieser Parkzonen-Verordnungen zuständig, in die auch die gem. § 45 Abs. 4a StVO Ausnahmegenehmigung für dort Tätige (Betriebe/Arbeitnehmer) aufgenommen werden müsste.

- **15 Minuten Gratis-Parken** als direkte Unterstützung für den Handel

- **Digitales dynamisches Parkplatz-Leitsystem**

- **Zweckwidmung der Erlöse aus der Parkraumbewirtschaftung**

zur Verbesserung der Parksituation in der Stadt: jährliche Erlöse in Höhe von rund 10 Millionen Euro sollen zielgerichtet für Verbesserungen eingesetzt werden.

- **Mehr geförderte Bewohnerparkgaragen –**

Zweckwidmung der Bewohnerparkgebühren

- **Innovative Verknüpfung von Wohnen und Mobilität:**

Der Wohnbereich ist Start- und Endpunkt der täglichen Mobilität. Damit hat die Infrastruktur vor Ort eine entscheidende Auswirkung, wie die Wege zu Arbeit, Einkauf oder Freizeitgestaltung bewältigt werden. Nur eine integrierte Stadtplanung kann dafür die richtigen Voraussetzungen schaffen.